Wolfgang Schieder

Die Geburt des Faschismus aus der Krise der Moderne

I.

Nie waren sich Deutschland und Italien in der neuzeitlichen Geschichte näher als in der Zeit von 1933–1945. Die faschistischen Gemeinsamkeiten zwischen den Diktaturregimen Mussolinis und Hitlers wurden gleichwohl in der historischen Forschung lange Zeit erheblich verkannt. Das hatte verschiedene Gründe, die hier nicht ausführlich erörtert werden müssen. Jedoch ist festzuhalten, daß es weniger wissenschaftsimmanente Ursachen als vielmehr politische Gründe waren, welche lange Zeit geradezu zu einer Tabuisierung vergleichender Faschismusforschung führten. Ursprünglich gehörte der Faschismusbegriff bekanntlich zum politischen Begriffsarsenal der kommunistischen Linken¹. Indem sie die als ‚faschistisch‘ angesehenen Regime in Italien und Deutschland, aber auch anderswo (z.B. in Ungarn oder in Spanien) als repressive Diktaturvarianten bürgerlicher Klassenherrschaft ansahen, setzten die kommunistischen Dogmatiker die liberaldemokratischen Gesellschaften des Westens permanent unter Faschismusverdacht. In der Zeit der alliierten Kriegssallianz gegen die Achsenmächte wurde diese ideologische Kampfansage von der sowjetischen Propaganda zwar vorübergehend zurückgenommen, um dann jedoch in den Zeiten des ‚Kalten Krieges‘ erneut vorgetragen zu werden.

Die westliche Forschung reagierte auf die kommunistischen Unterstellungen begreiflicherweise von Anfang an ablehnend. Der Faschismus war für sie nicht der Normalfall gefährdeter bürgerlicher Herrschaft, sondern allenfalls ein Ausnahmefall. Die Diktaturregime Mussolinis und vor allem Hitlers wurden in die Nähe der Sowjetdiktatur Lenins und besonders Stalins gerückt. Anstelle ‚faschistischer‘ Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und Nationalsozialismus hob man die ‚totalitären‘ Affinitäten von Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus hervor, welche diese Regime von demokratischen Verfassungsstaaten unterschieden. Auch wenn diese totalitaristische Herrschaftstheorie nicht politisch verbindlich

¹ Vgl. *Wolfgang Schieder*, Faschismus, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie* (Freiburg 1968) 438 f.

war, hatte sie doch ebenfalls in hohem Maße einen doktrinären Charakter. Methodisch abweichendes Verhalten wurde in der Regel nicht wissenschaftlich diskutiert, sondern politisch sanktioniert: Wer versuchte, sich auf eine vergleichende Faschismusforschung einzulassen, geriet unter Kommunismusverdacht oder er mußte sich vorwerfen lassen, den Nationalsozialismus zu ‚unterschätzen‘, was immer damit gemeint sein mochte. Dem kommunistischen ‚Antifaschismus‘ stand ein westlicher ‚Antikommunismus‘ gegenüber. Für eine eigenständige, außerhalb des polarisierten politischen Kontextes stehende Komparatistik blieb da kein Raum. Sich auf den so naheliegenden Vergleich von Faschismus und Nationalsozialismus einzulassen, galt vielen Zeithistorikern in Italien und in Deutschland als politisch bedenklich und deshalb als wissenschaftlich unzulässig.

Die Vermeidungsstrategien waren allerdings in Deutschland und in Italien nicht identisch, man wehrte den Vergleich von Faschismus und Nationalsozialismus in den beiden Nachkriegsdemokratien vielmehr mit unterschiedlichen Argumenten ab. Von außen betrachtet schien es sich sogar um zwei ganz verschiedene Diskurse zu handeln, was auch die eigentlich erstaunliche Tatsache erklärt, weshalb die gegenseitige Wahrnehmung so gering war.

In der Bundesrepublik Deutschland setzte man bei der Abwehr des kommunistischen Faschismusvorwurfs in besonderem Maße auf die Denkfigur des ‚Totalitarismus‘. Anknüpfend an die von Talmon, Arendt und Friedrich entwickelte politikwissenschaftliche Herrschaftstheorie wurde die nationalsozialistische Diktatur Hitlers als wesensgleich mit der bolschewistischen Diktatur Stalins angesehen. Diese ‚totalitären Regime‘ galt es daher wissenschaftlich zu vergleichen und nicht die faschistische Diktatur Mussolinis mit der nationalsozialistischen Hitlers. Allenfalls erklärte man sich bereit, eine „Differenzierung von Typen und Versionen des Totalitarismus“ zuzulassen², innerhalb derer dann auch, aber erst in zweiter Linie, dem italienischen Faschismus bis zu einem gewissen Grade ein totalitärer Charakter zugestanden wurde.

Diese Hierarchisierung real existierender ‚totalitärer Regime‘ hatte in Deutschland, auch wenn das von manchen Forschern nicht so intendiert war, geschichtspolitisch eine entlastende Funktion. Wenn Hitlers nationalsozialistische Herrschaft nicht als historisch singulär angesehen werden mußte, sondern mit einem aus herrschaftstheoretischer Sicht ähnlich strukturierten Gewaltregime gleichgestellt werden konnte, dann befreite dies das postnationalsozialistische Deutschland in der kollektiven Erinnerung aus seiner marginalisierten Position. Der Vergleich mit dem offenkundig weniger totalitären faschistischen Regime in Italien konnte dagegen nicht zur Entlastung der Deutschen beitragen, weil daraus letzten Endes nur der Nationalsozialismus mit seiner politischen Verbrechensbilanz als das in jeder Hinsicht radikalere Regime hervorgehen konnte. Auch wenn man den totalitaristischen Ansatz dahingehend modifizierte, daß man den Nationalsozia-

² Karl Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie* (München 1976) 35.

lismus seinem eigenen Wesen nach als „Hitlerismus“ bezeichnete³, konnte man zu dem gleichen Ergebnis kommen, obwohl die Ähnlichkeit der ‚charismatischen Führerdiktaturen‘ Hitlers und Mussolinis auf der Hand liegt. Der ‚totalitäre‘ Charakter des NS-Regimes wurde einfach auf die Person Hitlers zurückgeführt – so wie die des Sowjetregimes auf die Stalins. Man brauchte nur Hitlers vorgebliches ‚Programm‘ zum „Entwurf einer Herrschaft“ zu stilisieren⁴, um eine strukturelle Gleichsetzung mit dem stalinistisch geprägten Marxismus-Leninismus zu ermöglichen. Als erklärter Antiprogrammatiker fiel dagegen Mussolini auch aus dieser Vergleichsperspektive heraus. Wenn es an einem ‚Programm‘ fehlte, dann konnte das faschistische Regime in Italien nach dieser historischen Logik auch nicht ‚totalitär‘ gewesen sein. So definierte man sich an dem eigentlichen historischen Problem, wie ‚totalitäre Herrschaft‘ überhaupt entstehen konnte, letzten Endes vorbei. Wichtig war allein, daß das NS-Regime ‚totalitär‘ war.

Ganz anders, so scheint es zunächst, der Erinnerungsdiskurs in Italien. Die Totalitarismustheorie spielte in der italienischen Faschismusforschung nach 1945 so gut wie überhaupt keine Rolle⁵. Das ist insofern erstaunlich, als diese, wie Jens Petersen nachgewiesen hat, eigentlich ihren Ursprung gerade in Italien hatte⁶. Schon früh wurde Mussolini vorgeworfen, auf ähnliche Weise ein ‚regime totalitario‘ anzustreben wie die Bolschewisten. Der ehemalige liberale Ministerpräsident Nitti erregte mit diesem Vorwurf schon 1925 internationale Aufmerksamkeit, als er dem faschistischen Regime „die Verleugnung derselben Grundsätze von Freiheit und Ordnung“ unterstellte, die für das bolschewistische in der Sowjetunion charakteristisch sei⁷. Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes wollte in Italien jedoch so gut wie niemand mehr etwas von diesen frühen Analysen wissen. Das lag ohne Zweifel zunächst einmal daran, daß die Historiker, die der kommunistischen Linken nahestanden, sich nicht selbst politisch delegitimieren wollten, indem sie die Sowjetunion historisch auf eine Stufe mit dem Faschismus und dem Nationalsozialismus stellten. An die Stelle des totalitären setzten sie das antifaschistische Paradigma, wonach der Faschismus ein System bürgerlicher Klassenherrschaft gewesen sei. Und dieses sahen sie durch den Sieg der Resistenza über den ‚Nazifascismo‘ der RSI als überwunden an, weshalb es für sie keiner weiteren Beschäftigung mit dem faschistischen Regime mehr bedurfte.

Aber auch die italienischen Historiker, die politisch eher in der Mitte oder rechts einzuordnen waren, sahen keine Veranlassung, einen Diskurs über den totalitären Charakter des faschistischen Regimes zu eröffnen. Auch wenn jeder Ver-

³ Klaus Hildebrand, Nationalsozialismus oder Hitlerismus?, in: M. Bosch (Hrsg.), *Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte* (Düsseldorf 1977) 55–61.

⁴ Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft* (Tübingen 1969); im folgenden zitiert: Jäckel, *Weltanschauung*.

⁵ Eine der wenigen Ausnahmen: D. Fisichella, *Analisi del totalitarismo* (Messina, Firenze 1976).

⁶ Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung* (Bonn 1996) 95–117.

⁷ Francesco Nitti, *Bolschewismus, Fascismus und Demokratie* (München 1926) 53.

gleich mit dem NS-Regime die weitaus geringere Brutalität der faschistischen Diktatur hervortreten läßt, bringt er jedoch auch vielerlei gemeinsame Strukturen zutage, die den Faschismus und den Nationalsozialismus im Ursprung als ähnlich erscheinen lassen. Auch die nichtkommunistische Geschichtsschreibung bemühte sich daher in Italien darum, nicht die Gemeinsamkeiten, sondern die Unterschiede von Faschismus und Nationalsozialismus zu betonen. Das ganze Lebenswerk von Renzo De Felice ist davon geprägt, den Faschismus außerhalb des „sengenden Kegels des Holocaust“, wie er einmal gesagt hat, zu halten⁸. Im letzten Band seiner nicht ganz vollendeten Mussolini-Biographie wurde der faschistische Diktator geradezu als Märtyrer dargestellt, der sich am Ende geopfert habe, um die Italiener gegenüber der deutschen Besatzung zu schützen⁹. Sowohl die ‚linke‘ wie die ‚rechte‘ Geschichtsschreibung weigerte sich also in Italien lange Zeit, in irgendeiner Weise Vergleiche von Faschismus und Nationalsozialismus zuzulassen. Das entthob sie der Notwendigkeit selbstkritischer Reflexion. Im Ergebnis hatte das, ähnlich wie der Rekurs auf das Paradigma des Totalitarismus in Deutschland, für die kollektive Erinnerung in Italien zweifellos ebenfalls eine entlastende Funktion.

Seit der großen europäischen Wende von 1989 und dem Zusammenbruch des Sowjetsystems hat sich das alles grundlegend geändert. Nicht nur der Faschismus, sondern auch der Kommunismus ist seitdem Geschichte. Damit erhält nicht mehr nur der Antifaschismus, sondern auch der Antikommunismus eine andere Qualität: Er hat keine wirkliche Realität mehr. Daß das sogenannte „Schwarzbuch des Kommunismus“ unter Intellektuellen eine gewisse Aufregung hervorrief, war letzten Endes ein reines Nachhutsgefecht, eine reale politische Dimension eröffnete das Erscheinen dieser Publikation nicht mehr¹⁰. Wer sich auf den Versuch einer faschistischen Komparatistik einläßt, hat deshalb keine politisch motivierten Unterstellungen mehr zu befürchten. Man kann geradezu von einer Historisierung des Faschismusproblems sprechen. Mit großer Selbstverständlichkeit wird heute in Deutschland über die kulturellen, die wirtschaftlichen oder die sozialpolitischen Gemeinsamkeiten von Faschismus und Nationalsozialismus geforscht¹¹. Am faschistischen Ursprung der nationalsozialistischen Rituale wie überhaupt am fundamentalen, keineswegs nur äußerlichen Vorbildcharakter des Italofaschismus für den Nationalsozialismus kann daher heute kein Zweifel mehr bestehen¹².

⁸ Renzo De Felice, Interview im *Corriere della Sera* (27. 12. 1987).

⁹ Renzo De Felice, *Mussolini l'alleato. II. La guerra civile 1943–1945* (Torino 1997). Vgl. auch *ders.*, *Rosso e Nero* (Milano 1995).

¹⁰ Stphane Courtois (Hrsg.), *Schwarzbuch des Kommunismus* (Mnchen 1998).

¹¹ Jens Petersen, Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Faschismus und Gesellschaft in Italien. Staat, Wirtschaft, Kultur* (Kln 1998); Rolf Wrsdrfer (Hrsg.), *Sozialgeschichte und soziale Bewegungen in Italien 1848–1998. Forschungen und Forschungsberichte* (Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europischen Arbeiterbewegung 21/98). Vgl. Christof Dipper, Rainer Hudemann, Jens Petersen (Hrsg.), *Faschismus und Faschismen im Vergleich* (Kln 1998); im folgenden zitiert: Dipper u. a., *Faschismus und Faschismen*.

¹² Vgl. dazu Wolfgang Schieder, *Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik*, in: *HZ* 262 (1986) 73–125; *ders.*, Erwin von Beckerath und

Auch in Italien gibt es heute eine Faschismusforschung, die bewußt den Vergleich mit dem Nationalsozialismus sucht¹³. Bezeichnenderweise steht dabei das rassistische Gewaltpotential des italienischen Faschismus in den italienischen Kolonien und in den im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten auf dem Balkan im Mittelpunkt¹⁴. Auch die faschistische Beihilfe zum nationalsozialistischen Massenmord in den Jahren 1943–1945 ist in Italien kein Tabuthema mehr¹⁵. Ein Teil der italienischen Geschichtsforschung hat damit den Anschluß an internationale Forschungsdiskussionen gefunden, von denen man sich in Italien lange Zeit weitgehend ferngehalten hatte.

II.

Stärker als bisher sind heute die Voraussetzungen dafür gegeben, in den Vergleich von italienischem und deutschem Faschismus modernisierungstheoretische Überlegungen einzubringen. Bisher sind die beiden Regime unter diesem Aspekt erstaunlicherweise allenfalls getrennt untersucht worden. Ein diskussionswürdiger Ansatz, die historische Verwandtschaft der faschistischen Regime in Italien und Deutschland zu erweisen, wurde damit bisher nicht genutzt.

In Italien sah die auf die Resistenza gegen den Faschismus in seiner nationalsozialistisch dominierten Endphase konzentrierte historische Forschung keinen Anlaß, dem in ihren Augen fremdbestimmten Faschismus irgendeinen gesellschaftlichen Entwicklungsaspekt zuzubilligen. Die revisionistische historische Schule um Renzo De Felice war andererseits davon überzeugt, daß Italien nach dem Ersten Weltkrieg durch den Faschismus in seiner gesellschaftlichen Entwicklung vorangebracht worden sei. Auch sie sah sich deshalb nicht genötigt, irgendwelche modernisierungstheoretischen Überlegungen anzustellen, schon gar nicht

das Italien Mussolinis, in: *Christian Jansen, Lutz Niethammer, Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995* (Berlin 1995) 267–283.

¹³ Vgl. *Enzo Collotti* (Hrsg.), *Fascismo, fascismi* (Firenze 1989); *Gustavo Corni*, *Fascismo e fascismi* (Roma 1989).

¹⁴ *Angelo Del Boca*, *I gas di Mussolini: Il fascismo e la guerra d'Etiopia* (Roma 1996); *Roberto Gentili*, *Guerra aerea sull'Etiopia, 1935–1939* (Firenze 1992); *Brunello Mantelli*, *Die Italiener auf dem Balkan 1941–1943*, in: *Christof Dipper, Lutz Klinkhammer, Alexander Nützenadel* (Hrsg.), *Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder* (Berlin 2000) 57–74.

¹⁵ *Nicola Caracciolo*, *Gli ebrei e l'Italia durante la guerra 1940–45* (Roma 1986); *Adolfo Scalpelli* (Hrsg.), *San Sabba. Istruttoria e processo per il Lager della Risiera* (Trieste 1995); *Cesare Manganello, Brunello Mantelli*, *Antifascisti, Partigiani, Ebrei. I deportati alessandrini nei campi di sterminio nazisti 1943–1945* (Milano 1991); *Liliana Picciotto Fargion*, *Il libro della memoria gli ebrei deportati dall'Italia (1943–1945)* (Milano 21991); *Centro Furio Jesi* (Hrsg.), *La menzogna della razza. Documenti e immagini del razzismo e dell'antisemitismo fascista* (Bologna 1994); *Enzo Collotti*, *Die Historiker und die Rassengesetze in Italien*, in: *Dipper u. a.*, *Faschismus und Faschismen* 59–78.

solche, die über den italienischen Faschismus hinausgingen. Es waren aber angelsächsische Forscher, die den italienischen Faschismus modernisierungstheoretisch in den Blick nahmen. Der Faschismus wurde von ihnen als das Ergebnis des krisenhaften Übergangs vom Agrar- zum Industriestaat interpretiert¹⁶. Das schloß einen Vergleich mit dem Nationalsozialismus aus. Andere Autoren verstanden den italienischen Faschismus als eine besondere Form einer Entwicklungsdiktatur, was wiederum keinen vergleichenden Bezug zum Nationalsozialismus zuließ¹⁷.

Anders als über den Faschismus wird über den Nationalsozialismus schon seit langem intensiv unter modernisierungstheoretischen Gesichtspunkten diskutiert. Den Anfang machte 1963 Ralf Dahrendorf mit seinem Buch über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“. Dahrendorf vertrat bekanntlich die These, daß der Nationalsozialismus einen Bruch mit der gesellschaftlichen Tradition in Deutschland bewirkt und dem Land insofern einen „Stoß in die Modernität“ versetzt habe¹⁸. Nach seiner Auffassung sei der Nationalsozialismus entgegen seinen vielfach rückwärtsgewandten Absichten in seiner realhistorischen Wirkung ‚modern‘ gewesen, weil er durch die ‚Gleichschaltung‘ der deutschen Gesellschaft zahlreiche traditionelle Institutionen zerstört und die gesellschaftliche Macht ganzer sozialer Klassen (vor allem des ostelbischen Adels) ein für alle Mal beseitigt habe. David Schoenbaum sprach sogar von einem „Triumph des Egalitären“, der im ‚Dritten Reich‘ zu einer „klassenlosen Wirklichkeit“ geführt habe¹⁹. Dieser Interpretation ist entschieden widersprochen worden. Der vorgebliche Modernisierungseffekt des Nationalsozialismus wurde als „Pseudomodernisierung“²⁰ oder als „vorgetäuschte Modernisierung“²¹ bezeichnet. Henry A. Turner wies auf die rückwärtsgewandte Programmatik des Nationalsozialismus hin und bezeichnete

¹⁶ Vgl. *Gino Germani*, *Autoritarismo, fascismo e classi sociali* (Bologna 1975); *A. F. K. Organski*, *Fascism and Modernization*, in: *Stuart J. Woolf* (Hrsg.), *The nature of fascism* (London 1968); *Juan L. Linz*, *Same note toward a comparative study of fascism in sociological historical perspective*, in: *Walter Laqueur* (Hrsg.), *Fascism: A Reader's Guide. Analyses, Interpretations, Bibliography* (Berkeley, Los Angeles 1976) 3–121; *Alan Cassels*, *Janus: The two faces of fascism*, in: *The Canadian Historical Association, Historical Papers* (Ottawa 1969) 165–184.

¹⁷ *James A. Gregor*, *Italian fascism and developmental dictatorship* (Princeton 1979); *Paul Corner*, *Fascist agrarian policy and the Italian economy in the inter-war-years*, in: *John A. Davis* (Hrsg.), *Gramsci and Italy's passive revolution* (London 1979) 239–274; *John S. Cohen*, *Rapporti agricoltura – industria e sviluppo agricolo*, in: *Pierluigi Ciocca, Gianni Toniolo* (Hrsg.), *L'economia italiana nel periodo fascista* (Bologna 1976) 379–407; *Bruno Wanrooij*, *Mobilizzazione, modernizzazione, tradizione*, in: *Giovanni Sabbatucci, Vittorio Vidotto* (Hrsg.), *Storia d'Italia. 4. Guerre e Fascismo 1914–1943* (Rom 1998) 379–440.

¹⁸ *Ralf Dahrendorf*, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (München 1968).

¹⁹ *David Schoenbaum*, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches* (Köln, Berlin 1968) 345.

²⁰ *Horst Matzerath, Heinrich Volkmann*, *Modernisierungstheorie und Nationalsozialismus*, in: *Jürgen Kocka* (Hrsg.), *Theorien in der Praxis des Historikers* (Göttingen 1977) 99.

²¹ *Hans Mommsen*, *Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung*, in: *Walter H. Peble* (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen* (Frankfurt 1990) 31–46.

diesen als einen „Ausdruck utopischen Anti-Modernismus“²². Um ihre fortschrittsfeindlichen Ziele verfolgen zu können, hätten die Nationalsozialisten zwangsläufig eine industrielle Kriegsmaschinerie aufbauen müssen, jedoch hätten sie alles andere als eine Modernisierung der deutschen Gesellschaft beabsichtigt. Mehr oder weniger auf dasselbe läuft auch die These von Jeffrey Herf hinaus, der Nationalsozialismus habe einen „reactionary modernism“ vertreten²³. Herf hebt zwar stärker auf die innere Widersprüchlichkeit des nationalsozialistischen Anti-modernismus ab, aber auch er insistiert darauf, daß der Nationalsozialismus den Modernisierungsprozeß in Deutschland angehalten habe.

Auch dies war freilich noch nicht das letzte Wort. Von zwei entgegengesetzten, aber im Ergebnis konvergierenden Positionen aus ist erneut der Versuch gemacht worden, dem Nationalsozialismus einen modernisierenden Effekt zuzuschreiben. Auf der einen Seite interpretieren Götz Aly und Susanne Heim „Auschwitz“ als einen „spezifisch deutschen Beitrag zur Entwicklung der europäischen Moderne“²⁴. Sie unterstellen, daß es so etwas wie eine „Ökonomie der Endlösung“ gegeben habe, die ihren Ursprung letztendlich im ökonomischen System des ganz gewöhnlichen Kapitalismus hatte²⁵. Die nationalsozialistische ‚Endlösung‘ der sogenannten Judenfrage wird damit monokausal auf die Planmäßigkeit ökonomischer Rationalität reduziert²⁶. Stellten Aly und sein Kreis das „für latent erachtete Dekonstruktionspotential“ des Nationalsozialismus ins Zentrum ihrer Vorstellung von Modernisierung²⁷, so sprachen die Historiker um Rainer Zitelmann von einer „tatsächlich durch den Nationalsozialismus vollzogenen revolutionären Modernisierung“²⁸. Zitelmann glaubt dies aus den verstreuten Äußerungen Hitlers ableiten zu können, die sich in seiner Sicht zu einem kohärenten Modernisierungsprogramm zusammenfügen lassen²⁹. Hitler wird auf diese Weise geradezu zum Protagonisten der gesellschaftlichen Modernisierung Deutschlands erhoben.

Es besteht kein Zweifel, daß beide Interpretationen, so konträr sie in ihren Wertungen sein mögen, methodisch konvergieren. In beiden Fällen wird erstens unreflektiert intentionalistisch argumentiert. Ob nun Hitler persönlich oder die so-

²² Henry A. Turner, *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Faschismus* (Göttingen 1972) 169.

²³ Jeffrey Herf, *Reactionary modernism. Technology, culture and politics in Weimar and in the Third Reich* (Cambridge 1984).

²⁴ Götz Aly, Susanne Heim (Hrsg.), *Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938–1945* (Berlin 1991) 12; im folgenden zitiert: Aly, Heim, *Bevölkerungsstruktur*.

²⁵ Vgl. Götz Aly u. a., *Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?* (Berlin 1987).

²⁶ Vgl. dazu die scharfsinnige Kritik von Dan Diner, *Rationalisierung und Methode. Zu einem neuen Erklärungsversuch der „Endlösung“*, in: VZG 40 (1992) 359–382.

²⁷ Norbert Frei, *Wie modern war der Nationalsozialismus?*, in: GG 19 (1999) 371; im folgenden zitiert: Frei, *Nationalsozialismus*.

²⁸ Rainer Zitelmann, *Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionärs* (Stuttgart 1989) 48; im folgenden zitiert: Zitelmann, *Hitler*.

²⁹ Michael Prinz, Rainer Zitelmann (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Modernisierung* (Darmstadt 1991); im folgenden zitiert: Prinz, Zitelmann, *Nationalsozialismus*.

genannten „Vordenker der Vernichtung“ im Mittelpunkt stehen³⁰, die Idee wird jeweils mit der Umsetzung in die Praxis gleichgesetzt. Beide Male wird zum zweiten Modernisierung „von allen ethischen und politischen Optionen gelöst“ und auf methodisch unzulässige Weise reduktionistisch verwendet³¹. Selbstverständlich war der Nationalsozialismus schließlich ein Teil der ‚Moderne‘ – was sollte er im 20. Jahrhundert anderes auch sein. Hitler zum Repräsentanten der „totalitären Seite der Moderne“ zu erheben³², ist deshalb ebenso trivial wie die ‚Endlösung‘ als „spezifisch deutschen Beitrag zur Entwicklung der europäischen Moderne“ zu bezeichnen³³. Die eigentliche Frage muß sein, wie der Nationalsozialismus in den Gang der Moderne einzuordnen ist. Und dies kann nicht intentionalistisch bestimmt werden. Es lassen sich ebenso viele Äußerungen Hitlers dafür finden, daß er im Zeichen der Moderne marschieren wolle, wie solche gegen diesen Weg.

„Modernisierung“ ist theoretisch gesehen nicht von politischen Entscheidungsprozessen abhängig. Sie vollzieht sich nicht wegen, sondern eher trotz dieser. Modernisierende Entwicklungen können durch politische Entscheidungen ebenso behindert oder gar angehalten werden wie Stagnation auch völlig unabhängig davon eintreten kann. In der sozialwissenschaftlichen Theorie ist Modernisierung ein säkularer Prozeß, der sich „weitgehend eigendynamisch“ vollzieht und nicht das Ergebnis gezielter politischer Steuerung ist. Um die Auswirkungen der nationalsozialistischen Ära auf den Modernisierungsprozeß in Deutschland historisch richtig einzuschätzen, ist es daher unergiebig, allein nach fortschrittsträchtigen und rückwärtsgewandten Äußerungen Hitlers und führender Nationalsozialisten zu suchen, um den Nationalsozialismus auf dieser Basis nach der einen oder anderen Richtung hin einzuordnen. Für die modernisierungstheoretische Bewertung der Zeit des ‚Dritten Reiches‘ ist vielmehr entscheidend, was sich in sozialgeschichtlicher Hinsicht tatsächlich verändert hat.

Dabei ist dreierlei zu berücksichtigen. Zum ersten lassen sich modernisierungstheoretische Fragestellungen nur über Langzeituntersuchungen beantworten. Die Epoche des ‚Dritten Reiches‘ ist für sich genommen zu kurz, um über gesellschaftliche Veränderungsprozesse Auskunft geben zu können, die sich als *longue durée* darstellen. Wie sich die zwölf Jahre in den Modernisierungsprozeß Deutschlands einordnen, läßt sich nur abschätzen, wenn man eine lange Vorgeschichte und eine Nachgeschichte mit einbezieht.

Zweitens geht man von falschen Voraussetzungen aus, wenn man ‚Modernisierung‘ deterministisch als einen linearen Prozeß ansieht, der irgendwann zum Ziel kommt. Spätestens seitdem Detlef Peukert auf die ‚pathologischen Entwicklungs-

³⁰ Götz Aly, *Susanne Heim*, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung (Hamburg 1991).

³¹ Frei, *Nationalsozialismus* 375.

³² Vgl. Christof Dipper, Modernisierung des Nationalsozialismus, in: NPL 36 (1991) 450–456.

³³ Rainer Zitelmann, Die totalitäre Seite der Moderne, in: Prinz, Zitelmann, *Nationalsozialismus* 1–20.

formen der Moderne' hingewiesen hat³⁴, wissen wir, daß diese ein „Doppelsicht“ hatte³⁵. Anstatt immer nur die Fortschrittsfrage zu stellen, ist es daher viel sinnvoller, den Nationalsozialismus als ein Krisenprodukt der Moderne zu verstehen.

Drittens schließlich liegt auf der Hand, daß Modernisierungsprozesse nur in historischer Relation zu solchen in anderen Gesellschaften untersucht werden können. Die sozialwissenschaftliche Theorie ist hier durchweg normativ verfahren. Die angelsächsischen Demokratien galten erstens als das Maß aller Dinge. Zweitens behauptete man, daß sie ein global gültiges Paradigma lieferten, an dem sich alle anderen, vor allem auch die noch nicht entwickelten Gesellschaften, orientieren sollten. Beides ist längst fragwürdig geworden, das heißt aber nicht, daß damit die ganze Modernisierungstheorie falsifiziert wäre. Man muß nur ihren globalen Anspruch aufgeben und ihren historischen Geltungsanspruch auf Europa beschränken. Und man darf selbstverständlich nicht normativ verfahren, sondern man sollte das Modernisierungsparadigma nur als heuristisches Prinzip verwenden.

III.

In der sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorie finden wir eine verwirrende Vielfalt von Parametern, an denen der Prozeß der Modernisierung gemessen wird. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht bleiben davon nur drei, jeweils eng aufeinander bezogene Ereigniszusammenhänge übrig, welche den Veränderungsprozeß in den europäischen Staaten im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert bestimmt haben³⁶. Es handelt sich um den Prozeß der nationalen Identitätsfindung, den Prozeß der politischen Verfassungsbildung und den Prozeß des wirtschaftlichen Strukturwandels. Der Prozeß der nationalen Identitätsfindung umfaßte zum einen die äußere Nationsbildung im Sinne staatlicher Souveränitätsabgrenzung von anderen Nationalstaaten und zum anderen die innere Nationsbildung im Sinne gesellschaftlich-kultureller und politisch-rechtlicher Homogenisierung³⁷. Unter politischer Verfassungsbildung ist der Prozeß zu verstehen, der vom absolutistischen Obrigkeitsstaat zum liberalen Verfassungsstaat führte. Der Prozeß des ökonomischen Strukturwandels schließlich wurde durch die fortschreitende Industrialisierung herbeigeführt, durch welche die nationalen Gesellschaften Europas anstelle von überwiegend agrarischen überwiegend industrielle Erwerbsstrukturen erhielten.

³⁴ Günter Könke, „Modernisierungsschub“ oder relative Stagnation? Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Moderne, in: GG 20 (1994) 586.

³⁵ Detlev Peukert, Volksgenosse und Gemeinschaftsfremder. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus (Köln 1982) 296.

³⁶ Detlev Peukert, Max Webers Diagnose der Moderne (Göttingen 1989) 65.

³⁷ Vgl. dazu zuletzt Anthony D. Smith, National Identity (London 1993).

Im Prinzip prägten diese drei Modernisierungsprozesse seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert alle europäischen Gesellschaften. Jeder der drei Modernisierungsprozesse erzeugte schon für sich genommen einen enormen politischen Handlungsdruck, der sich im Laufe des 19. Jahrhunderts ständig steigerte. Weder die Nationsbildung noch die Verfassungsfindung und erst recht nicht die Industrialisierung ließen sich ohne große Reibungsverluste durchsetzen. Jeder dieser säkularen Strukturveränderungen enthielt vielmehr ein hohes Konfliktpotential. Dieses war leichter zu bewältigen, wenn die drei Prozesse zeitlich einigermaßen aufeinander folgten, wenn vor allem der Vorgang der modernen Nationsbildung wenigstens nach außen hin abgeschlossen war, ehe die Industrialisierung ihre gewaltigen gesellschaftlichen Sprengkräfte entfaltete. Eine ganz andere historische Konstellation ergab sich jedoch in den europäischen Ländern, in denen die drei Modernisierungsprozesse relativ gleichzeitig, d.h. innerhalb von ein oder zwei Generationen bewältigt werden mußten. Diese Situation stellte sich in Europa letzten Endes nur für zwei Völker, für die Italiener und für die Deutschen. Für beide ergab sich eine Konfliktkumulierung, wie wir sie in anderen europäischen Ländern nicht antreffen. Nur in Deutschland und in Italien entstand daraus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine Modernisierungskrise, welche das politische System der beiden Länder hoffnungslos überforderte. In dieser Krise ist nach meiner Auffassung der Ursprung des eigentümlichen Diktatorsystems zu suchen, das als Faschismus zu bezeichnen ist. Der Faschismus war zunächst in Italien und dann auch in Deutschland die politische Antwort auf eine nicht zu bewältigende Modernisierungskrise. Er ist daher auch nicht unter dem Aspekt von Modernisierung, sondern dem von Modernisierungskrise zu diskutieren.

Läßt man sich einmal auf diesen wissenschaftlichen Zugriff ein, ergeben sich im Vergleich der Vorgeschichte von Faschismus und Nationalsozialismus erstaunliche Parallelen. Die historischen Unterschiede sollen deshalb selbstverständlich nicht geleugnet werden. Aber wer immer nur die nationalen Eigenarten Deutschlands und Italiens betont, sitzt in einer historistischen Falle, die alle historischen Urteile subjektiver Beliebigkeit ausliefert.

In aller Kürze ist auf folgende historische Gemeinsamkeiten hinzuweisen:

Erstens hatten die beiden Länder, anders als Frankreich und England, aber auch anders als z.B. Spanien oder Schweden, erst vergleichsweise spät, manche sagen verspätet, ihre nationale Einheit finden können. Die politischen Eliten der beiden Länder sahen ihren Staat nach außen hin bis 1914 noch nicht als saturiert an. Erst recht kann man beide Länder als unfertige Nationalstaaten bezeichnen, wenn man den Prozeß der inneren Nationsbildung betrachtet³⁸. Die ‚herrschende Klasse‘ – ein für Italien bezeichnender Ausdruck der Zeit – tat sich mit der ‚Nationalisierung der Massen‘ (George Mosse) außerordentlich schwer. In Italien

³⁸ Vgl. dazu ausführlicher *Wolfgang Schieder*, Das Deutschland Hitlers und das Italien Mussolinis. Zum Problem faschistischer Regimebildung, in: *Gerhard Schulz* (Hrsg.), Die Große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg (Göttingen 1985) 44–71.

blockierte sie bis 1912 durch ein restriktives Wahlrecht den Zugang der ländlichen und städtischen Unterschichten zum Parlament. In Deutschland führte Bismarck zwar schon 1867 das allgemeine Wahlrecht ein, bis zum Ersten Weltkrieg wurde die organisierte Arbeiterbewegung jedoch von der politischen Macht ferngehalten, obwohl die SPD 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag stellte. In Italien blieben auch die kirchengebundenen Katholiken dem laizistischen Staat fern, während sie sich in Deutschland mit Hilfe der Zentrumspartei seit der Jahrhundertwende immerhin aus der Isolierung, in die sie der preußisch-protestantische Staat gedrängt hatte, herauskämpfen konnten.

Es liegt auf der Hand, daß sowohl Italien wie Deutschland aufgrund der vergleichsweise späten Nationalstaatsgründung, zweitens, auch erst spät zu einer modernen Verfassungsgebung kommen konnten. Die Verfassungsschöpfung geht in beiden Ländern auf die Revolution von 1848/49 zurück. Die 1848 für das Königreich Piemont-Sardinien als Statuto Albertino geschaffene Verfassung wurde 1861 sogar mehr oder weniger unverändert zur Verfassung des neuen Königreichs Italien erhoben. In Deutschland trat die Reichsverfassung von 1849 zwar nie in Kraft, sie wurde jedoch in wesentlichen Elementen in die Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 und schließlich des Deutschen Reiches von 1871 übernommen. Das ist nicht nur eine formale Parallele, der Rückgriff auf das liberale Verfassungsprogramm von 1848/49 zeigt vielmehr, daß man in beiden Fällen den nationalrevolutionären Staatsbildungsprozeß historisch zu legitimieren trachtete. Auch insofern hatte die Verfassungsgebung in beiden Ländern eine ähnliche Funktion, als sie den politischen Status quo zementieren sollte. Ein Verfassungswandel war eigentlich nicht vorgesehen. Obwohl ganz unterschiedlich angelegt, enthielt die nationalstaatliche Verfassung deshalb in beiden Fällen einen fundamentalen Widerspruch: Fehlte es im konstitutionell-parlamentarischen Regierungssystem Italiens an einer demokratischen Legitimation, so hatte das allgemeine Wahlrecht im monarchisch-autoritären System des Deutschen Kaiserreiches einen bloß plebiszitären Effekt, da es keine parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung gab. Die sich daraus jeweils ergebenden Spannungen zwischen Verfassungsnorm und gesellschaftlicher Realität setzten die jungen Nationalstaaten unter einen konstitutionellen Dauerkonflikt. Weder kam es jedoch bis zum Ersten Weltkrieg in Deutschland zu einer Parlamentarisierung des Regierungssystems noch in Italien zu einer vollständigen Demokratisierung des Wahlsystems.

Der latente Verfassungskonflikt in den beiden unfertigen Nationalstaaten wurde nun auch noch dadurch verschärft, daß in beiden Ländern – in Italien allerdings nur im Norden – der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat vollzogen wurde. Wenn es zu den unvermeidlichen wirtschaftlichen Wachstumskrisen kam, wirkten sich diese daher dramatisch aus. Geht man von der relativen Gleichzeitigkeit von Nationsbildung, latentem Verfassungskonflikt und ökonomischer Wachstumskrise aus, kann man erklären, weshalb sich Italien und Deutschland bis 1914 in einer permanenten Strukturkrise befanden, wie es sie in anderen europäischen Ländern nicht gegeben hat. Klassenkampf im wirtschaftlichen Bereich vermischte sich mit politischen Partizipationsansprüchen der Arbeiter zu einem

systembedrohenden Protest. Und zur gleichen Zeit spitzte sich das Verhältnis von säkularem Staat und katholischer Bewegung dramatisch zu. Die staatstragenden Kräfte – in Deutschland vor allem der Adel, in Italien im starken Maße auch das Bürgertum – reagierten darauf auf sehr ähnliche Weise: Phasen der vorsichtigen Öffnung wechselten mit solchen der schieren Repression ab. Man kann geradezu von einem Pendelschlag repressiver und kooperativer Politik sprechen.

Nach der staatlichen Einigung herrschte in beiden Ländern zunächst eine Aufbruchsstimmung, welche verdeckte, wie unfertig die beiden Nationalstaaten waren. Die ersten gesellschaftlichen Konflikte führten jedoch schon jeweils zu einer politischen Zuspitzung, die eine Phase kompromißloser Repressionspolitik einleiteten. In Deutschland war diese durch den Kulturkampf und das Sozialistengesetz gekennzeichnet. In Italien reichte sie von Crispis antisozialistischer Politik zu Anfang der 90er Jahre bis zu den Militärregierungen um 1900, dem Jahr, in dem der italienische König Umberto I. durch einen anarchistischen Attentäter ermordet wurde. In beiden Fällen ging es darum, den inneren Nationalisierungsprozeß aufzuhalten und den Unterschichten die politische Partizipation gewaltsam vorzu-enthalten.

Diese Politik ist in Deutschland und Italien gleichermaßen gescheitert. In beiden Ländern wurde daraufhin übereinstimmend der Versuch gemacht, die sich überlagernden Modernisierungskrisen durch eine Politik begrenzter Reformen zu lösen. Das war der ursprüngliche Ansatz sowohl des von Kaiser Wilhelm II. eingeleiteten Neuen Kurses seit 1890, dessen Exekutor der Reichskanzler Caprivi war, als auch des sogenannten Systems Giolitti, das dieser seit seiner ersten Ministerpräsidentschaft im Jahre 1901 aufbaute. Während Bismarck bis zu seinem Sturz unverändert die großagrarischen Besitzschichten für die zuverlässigsten Stützen des politischen Systems im Kaiserreich gehalten hatte, zweifelte Caprivi daran, daß es sinnvoll sei, den Staat einseitig den Interessen der Agrararistokratie auszuliefern. Er versuchte deshalb, durch ein System von Handelsverträgen den Wirtschaftsinteressen des Bürgertums entgegenzukommen. Die Arbeiter versuchte er durch Arbeiterschutzgesetze zu erreichen, die ihnen Bismarck verweigert hatte. Das Zentrum machte er erstmals de facto zur Regierungspartei. Und in Preußen machte er den freilich vergeblichen Versuch, das restriktive Dreiklassenwahlrecht zu reformieren.

Auch Giolitti dachte schon 1899 in überraschender Übereinstimmung mit Caprivi darüber nach, ob die italienische Monarchie sich weiterhin nur auf die Interessen „kleiner privilegierter Klassen“ und nicht vielmehr auf die „Zuneigung der ungeheuren Mehrheit des Landes“ stützen dürfte³⁹. Auch er erkannte die Notwendigkeit einer, wenn auch begrenzten, Einbeziehung von Katholiken und Sozialisten in den liberalen Staat. Deshalb betrieb er eine Wahlreform, die den Anteil der wahlberechtigten Männer an dem der Gesamtbevölkerung von zuletzt 9,4% auf 23,4% erhöhte.

³⁹ *Giovanni Giolitti, Discorsi extraparlamentari. A cura di Nino Valeri (Torino 1952) 220.*

Beide Reformprogramme enthielten zahlreiche Ungereimtheiten. Im Prinzip war es schon ein Widerspruch in sich, eine Politik nationaler Kooperation und Integration zu betreiben, um die politische Hegemonie des Adels bzw. von Adel und Bürgertum zu erhalten. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß die Politik Caprivis bzw. Giolittis jeweils so viele Elemente einer durchgreifenden Modernisierung von Staat und Gesellschaft enthielt, daß sie auf lange Sicht zu einer Vollendung des Nationalstaats auf einer demokratischen Basis hätte führen können. Sowohl Caprivi als auch Giolitti sind jedoch politisch gescheitert. Gegen sie bildete sich jeweils ein strikt modernisierungsfeindlicher Oppositionsblock, der zwar heterogen zusammengesetzt war, aber vor allem über die Außenpolitik zu innenpolitischer Gemeinsamkeit fand. In Deutschland stand diese Politik unter dem Schlagwort der ‚Sammlung‘. Sie wurde von dem preußischen Finanzminister Johann von Miquel konzipiert und zielte auf die Vereinigung aller bürgerlichen und aristokratischen Kräfte zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sie führte in der Praxis vor allem zu einer Aufhebung der traditionellen Interessengegensätze von Industriellen und Agrariern, so daß man von einem „Kartell der gesamten bürgerlichen Gesellschaft“ gesprochen hat⁴⁰. Miquel war es auch, der die außenpolitischen Implikationen dieser Politik am klarsten formulierte. Eine überseeisch orientierte Weltmachtspolitik des Deutschen Reichs sollte dazu dienen, die Ablenkung des „revolutionären Elements“ zu fördern und „die Gefühle der Nation durch die Beschäftigung mit auswärtigen Fragen zu begeistern und auf einen gemeinsamen Boden zu bringen“⁴¹. Die imperialistische ‚Weltpolitik‘ hatte also für ihn eine deutlich innenpolitische Funktion.

In Italien formierte sich ein Oppositionsblock gegen das ‚System Giolitti‘, in dem sich ebenfalls altkonservative Agrarier und industrielle Unternehmer zusammenfanden. Seit 1910 lag das Ziel dieses Oppositionsblocks auch hier in der Außenpolitik. Giolitti wurde 1911 wider seinen Willen dazu gezwungen, in Libyen eine imperialistische Eroberungspolitik zu beginnen, was ihn innenpolitisch sowohl von den Sozialisten wie von den Katholiken trennte. Auch in Italien funktionierte also das sozialimperialistische Programm, „auswärts Ablenkung für die Konflikte der Innenpolitik“ zu suchen⁴².

Entscheidend war, daß die Gegner der innenpolitischen Versöhnungspolitik ihren Erfolg jeweils in hohem Maße der Entstehung eines sich neu formierenden radikalen Nationalismus verdankten. Das läßt sich schon an der Gründungsgeschichte des Alldeutschen Verbandes (1891) und der Associazione Nazionalista Italiana (1910) festmachen. Beide Organisationen entfalteten eine imperialistische Massenpropaganda, die große Teile des gebildeten und mittleren Bürgertums erfaßte. Ein antisozialistischer und antidemokratischer Nationalismus lieferte das ideologische Ferment, das die an sich heterogene Front der Gegner innenpoliti-

⁴⁰ Zit. nach Wolfgang Schieder, Imperialismus im unfertigen Nationalstaat. Einige vergleichende Überlegungen zu Deutschland und Italien, in: Wolfgang Pyta, Ludwig Richter (Hrsg.), Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb (Berlin 1998) 218.

⁴¹ Johannes Miquel, Reden, 4. Bd.: 1892–1901 (Halle 1914) 282.

⁴² Giovanni Giolitti, Memorie della mia vita, Bd. 2 (Milano 1922) 287.

scher Reformen miteinander verband. Die soziale Vollendung des Risorgimento wurde damit in Italien ebenso verhindert wie in Deutschland die demokratische Vollendung des ‚autoritären Nationalstaats‘ (W. J. Mommsen). Selbstverständlich war es, das gilt vor allem für Italien, nicht unbedingt zwangsläufig, daß dieser anti-modernistische Imperialismus in einen großen Krieg führen mußte. Jedoch bewirkte die industriewirtschaftliche und gesellschaftspolitische Dynamik, welche der Erste Weltkrieg in beiden Ländern auslöste, daß die latente Modernisierungskrise nach Kriegsende erneut aufbrach.

IV.

Zum ersten waren sowohl Deutschland wie Italien nach 1919 weder nach außen hin saturiert noch im Innern als Nationalstaaten konsolidiert. Deutschland wurde aufgrund des Versailler Vertrages in seinem territorialen Bestand erheblich beschädigt. Infolge des Anschlußverbotes gegenüber Österreich konnten diese Gebietsverluste auch nicht nachträglich kompensiert werden. Italien vergrößerte zwar 1919 sein Staatsgebiet, gleichwohl blieb das Gefühl der ‚vittoria mutilata‘ vorherrschend, weil die durch den Londoner Vertrag von 1915 geweckten Großmachthoffnungen bei weitem nicht erfüllt wurden. Die notwendige Massenmobilisierung von Soldaten hatte andererseits Millionen von Männern aus den ländlichen und proletarischen Unterschichten das Gefühl vermittelt, erstmals gleichberechtigt in die Nation aufgenommen worden zu sein. Ihre Integration in den nationalen Staat ließ sich daher nach Kriegsende nicht mehr so leicht verhindern wie vor 1914. Um so bedrohlicher wurde der Anspruch auf nationale Gleichberechtigung von denen empfunden, welche die Integration der Arbeiter, aber auch der Katholiken in die Nation vor dem Krieg erfolgreich abgewehrt hatten.

Blickt man zweitens auf die Verfassungsentwicklung, so ist festzustellen, daß sich das Verfassungssystem Deutschlands und Italiens 1919 dem der westeuropäischen Länder annäherte. In Deutschland wurde das seit 1871 bestehende allgemeine und gleiche Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt und mit der Weimarer Verfassung durch ein parlamentarisches Regierungssystem ergänzt. In Italien wurde umgekehrt das bestehende parlamentarische System durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts (allerdings nach wie vor nicht für Frauen) vervollständigt. Die Einführung des reinen Verhältniswahlrechts versprach in beiden Ländern eine größere Gerechtigkeit bei der Repräsentation der Interessen herbeizuführen. Dennoch ist die Modernisierung des Verfassungssystems in beiden Fällen mißlungen. Ursache dafür war die Tatsache, daß die Umstellung des Verfassungssystems auf moderne Ansprüche gegen den Willen der alten Machteliten erfolgen mußte. Beamtenschaft, Offizierskorps, Kirchen, Unternehmer, in Italien auch die Monarchie, verloren zwar ihren politisch bestimmenden Einfluß, sie blieben aber politisch präsent. Entscheidend war sowohl in Italien als auch in Deutschland, daß die gesellschaftliche Macht der Großagrarier nicht gebrochen wurde. Bei der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie mußten sich die Parteien der

neuen Ordnung auf die der alten stützen. In Deutschland gab es das Bündnis von SPD und kaiserlichem Heer und das Abkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. In Italien bediente sich nach vergeblichen Versuchen Nittis, die Politik dem modernisierten politischen Verfassungssystem anzupassen, der alte Giolitti der traditionellen klientelistischen Praktiken, um innerhalb und außerhalb des Parlamentes überhaupt noch etwas durchzusetzen. Für die verfassungspolitische Modernisierung erwies es sich vor allem als tödlich, daß die Grundbesitzer der Poebene Methoden gewaltsamer Selbstverteidigung entwickelten, durch welche sie die demokratischen Institutionen systematisch delegitimierten.

1919 waren die Parteien, welche die Modernisierung des Verfassungssystems durchgesetzt hatten, in beiden Ländern im Parlament zunächst in der Mehrheit. SPD, Zentrum und DDP hatten in der Weimarer Nationalversammlung sogar eine Dreiviertelmehrheit. In Italien stellten die Sozialistische Partei (Partito Socialista Italiano), die neugegründete Volkspartei (Partito Popolare Italiano) und die liberaldemokratische Linke bei den ersten Nachkriegswahlen vom 16. November 1919 ebenfalls dreiviertel aller Abgeordneten. Eine tragfähige Regierungsmehrheit ergab sich daraus aber weder in Deutschland noch in Italien. In Italien war überhaupt eine stabile Koalitionsbildung unmöglich, da einerseits die antiklerikalen Vorbehalte auf bürgerlich-laizistischer Seite zu groß waren und andererseits der antisozialistische Affekt die katholische Volkspartei vor einem Zusammengehen mit dem PSI zurückschrecken ließ. Das Ergebnis waren Minderheitsregierungen, die von Mal zu Mal schwächer waren.

In Deutschland kam es bekanntlich 1919 in der Weimarer Nationalversammlung zunächst zu einvernehmlichem Handeln zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei. Schon bei den ersten Reichstagswahlen von 1920 zeigte sich jedoch, daß die Weimarer Koalition in der Minderheit war. Das Schlagwort von der „Republik ohne Republikaner“ kam zu dieser Zeit erstmals auf⁴³. Der Sache nach entsprach in Italien der Rechtsruck bei den Parlamentswahlen vom 15. Mai 1921 ziemlich genau dem Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920. In beiden Fällen erwies sich also, daß die modernisierungsfeindlichen Parteien der politischen Rechten stark genug waren, die Reform des politischen Systems zu blockieren.

Der Faschismus hätte aber weder in Italien noch in Deutschland eine Chance gehabt, wenn nach 1919 nicht drittens auch das Wirtschaftssystem der beiden Länder in eine fundamentale Strukturkrise geraten wäre. Die forcierte Kriegswirtschaft hatte in allen kriegführenden Ländern zu einer einseitigen Förderung der waffentechnisch relevanten Schwerindustrie geführt. Daraus ergab sich bei Kriegsende eine gesamtwirtschaftliche Asymmetrie, die vor allem in Italien, aber auch in Deutschland zu einer dramatischen Verschlechterung der industriellen Produktivität führte. Eine enorme Staatsverschuldung in Italien einerseits, der passive Widerstand gegen die französische Rheinlandbesetzung in Deutschland

⁴³ Einer der ersten Belege in der Jubiläumsnummer des *Simplizissimus* vom 1. 1. 1920 („Jenseits“).

andererseits führten beide Länder in eine galoppierende Inflation, die das Vertrauen vor allem der Beamten und Angestellten in das politische System ruinierte. In Deutschland konnte die Hyperinflation von 1923 zwar noch einmal beseitigt werden, aber die wirtschaftliche Dauerkrise der Weimarer Republik brach in dem Moment wieder auf, in dem 1929 mit dem New Yorker Börsenkrach die Weltwirtschaft durcheinandergeriet.

Die sich verschärfende, dreifach sich überlagernde Modernisierungskrise schuf sowohl in Italien wie in Deutschland eine historische Konstellation, in der sich die traditionellen Herrschaftseliten nicht mehr in der Lage sahen, sich aus eigener Kraft zu behaupten. Sie ließen sich daher jeweils auf ein Bündnis mit einer politischen Massenbewegung ein, die eigentlich politische Hegemonie mit einem totalitären Machtanspruch bedrohte. Diese Massenbewegung war in Italien der Partito Nazionale Fascista und in Deutschland die NSDAP. Aufgrund des strukturell ähnlichen, sich ausdrücklich am italienischen Vorbild orientierenden Charakters des Nationalsozialismus muß man diesen als eine Variante des Ursprungsfaschismus begreifen.

Sowohl der PNF als auch die NSDAP hatten eine erheblich breitere soziale Basis und eine ungleich festere organisatorische Konsistenz als der Nationalismus der Vorkriegszeit⁴⁴. Beide stellten jedoch keine soziale Klassenbewegung dar. Mitglieder und Wähler kamen nicht, wie so oft behauptet worden ist, nur aus dem Kleinbürgertum bzw. der *piccola borghesia*. Beide stellten vielmehr politische Sammlungsbewegungen ohne feste soziale Basis dar. Die soziale Qualität ihrer Mitglieder und Sympathisanten stand außerdem nicht ein für allemal fest. PNF und NSDAP samt ihren zahlreichen Unter- und Nebengliederungen waren einem ständigen sozialen Veränderungsprozeß unterworfen. So ziemlich alle gesellschaftlichen Gruppen und Schichten wurden nacheinander von ihnen erfaßt, zunächst Bauern, Studenten und bestimmte Gruppen von Akademikern, dann Handwerker und Kleinhändler, schließlich das mittlere und obere Bürgertum sowie zu einem beträchtlichen Teil auch die Arbeiterschaft. Beide faschistischen Parteien stellten insofern eine Ersatzpartei für alle anderen Parteien der Nachkriegszeit dar. Da sie ihren Mitgliedern jedes innerparteiliche Mitspracherecht verweigerten und die Partei streng hierarchisch von oben nach unten organisierten, kann man die beiden Parteien nicht als Volksparteien bezeichnen. Als charismatisch gelenkte Führerparteien waren sie jedoch unzweifelhaft Massenparteien moderner Art.

Dies tritt noch deutlicher hervor, wenn man den politischen Stil der beiden Bewegungen vergleicht. Politik war für den PNF wie für die NSDAP die Fortsetzung des Krieges mit terroristischen Mitteln. Nicht zufällig kam ein großer Teil der Ursprungskader beider Bewegungen jeweils aus den militärischen Veteranen-

⁴⁴ Vgl. Dazu *Wolfgang Schieder*, Der Strukturwandel der faschistischen Partei Italiens in der Phase der Herrschaftsstabilisierung, in: *ders.* (Hrsg.), *Faschismus als soziale Bewegung* (Göttingen 21983) 69–96; *ders.*, Die NSDAP vor 1933. Profil einer faschistischen Partei, in: *GG* 19 (1993) 141–154.

organisationen des Nachkriegs. Der militante Aktionismus konnte in Italien erst nach der Mateottikrise von 1924 und in Deutschland erst mit dem Röhm-mord 1934 gewaltsam gebändigt werden. Für sich allein genommen hätte er auch weder den italienischen noch den deutschen Faschismus an die politische Macht gebracht. Sowohl Mussolini als auch Hitler instrumentalisieren jedoch die blinde Gewalttätigkeit ihrer Bewegungen. Dies führte sie zu einer politischen Doppelstrategie, die nach meiner Auffassung das Wesen faschistischer Regimebildung ausmachte. Einerseits drohten sie mit Bürgerkrieg, andererseits versprachen sie, diesen zu vermeiden, wenn man sie nur an der politischen Macht beteiligte.

Diese politische Doppelstrategie war inhaltlich zwar in Italien und Deutschland nicht vollständig identisch, aber im Prinzip handelte es sich jedoch um historisch in höchstem Maße vergleichbare Konzeptionen. Es gab im 20. Jahrhundert kaum zwei andere politische Machtwechsel, die sich so gut vergleichen lassen wie der am 28. Oktober 1922 und der am 30. Januar 1933. In Italien formierte sich nur etwas schneller als in Deutschland ein politisches Zweckbündnis, das jede politische Reformlösung in der Modernisierungskrise ablehnte. Sichtbar in Erscheinung trat diese antimoderne Allianz in Italien 1921 in den ‚Blocchi Nazionali‘, in Deutschland 1931 in der sogenannten Harzburger Front. In beiden Fällen glaubten die traditionellen Machteliten, den Faschismus zu ihren Bedingungen politisch eingebunden zu haben. Wie sich jedoch wenig später zeigen sollte, verhielt es sich genau umgekehrt.

Es ist eigentlich nur schwer zu begreifen, wie man angesichts dieses Krisenszenarios überhaupt darauf kommen konnte, dem italienischen Faschismus und dem Nationalsozialismus eine modernisierende Wirkung zuzuschreiben. Man konnte zwar versuchen, das Verhältnis des Faschismus zur Moderne aus den schriftlichen oder mündlichen Erklärungen Mussolinis bzw. Hitlers herauszulesen. Von Eberhard Jäckel über Ernst Nolte bis zu Rainer Zitelmann ist dies im Hinblick auf Hitler mit unterschiedlicher Akzentuierung auch praktiziert worden⁴⁵. Der Amerikaner James Gregor und sein italienischer Kollege Emilio Gentile haben dasselbe im Hinblick auf Mussolini versucht⁴⁶. Die Ergebnisse sind jedoch nicht überzeugend. Das gilt jedenfalls für Mussolini, der sich dezidiert nicht auf ein festes Programm festlegen wollte und in seinem politischen Handeln einen dezisionistischen Aktionismus befolgte. Das gilt aber auch für Hitler, dessen sogenanntes Programm, sieht man von seinem radikalantisemitischen Kern ab, für sein Handeln weniger verbindlich war, als häufig angenommen wird.

Allerdings war es für den frühen Faschismus in Italien ebenso charakteristisch wie für den frühen Nationalsozialismus, daß ihr erster Auftritt bestimmte revolutionäre Erwartungen weckte. Das lag weniger an Mussolini oder gar an Hitler selbst, als vielmehr an den politischen Kadern, auf die sie sich jeweils in der Grün-

⁴⁵ Jäckel, Weltanschauung; Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche* (München, Zürich 1979); Zitelmann, Hitler.

⁴⁶ James A. Gregor, *L'ideologia del fascismo* (Milano 1974); Emilio Gentile, *Le origini dell'ideologia fascista 1918–1925* (Bari 1975).

dungsphase ihrer Bewegungen stützen mußten. Als der Faschismus am 23. März 1919 in Mailand gegründet wurde, wurde er in ganz wesentlichem Umfang vom politischen Futurismus mitgetragen⁴⁷. Die Futuristen waren antisozialistisch und antiklerikal eingestellt. Sie verstanden sich aber gleichzeitig als die Avantgarde der Moderne. Schnelligkeit, Bewegung und permanente Aktion waren für sie die Zeichen von Modernität. Deshalb verbanden sie ihr programmatisches Zukunftsprogramm vor allem mit einem Bekenntnis zur modernen Technik und zum Industriesystem. Auch nach Mussolinis Machtergreifung gab es in der faschistischen Bewegung eine aus dem revolutionären Syndikalismus kommende Strömung, die an eine technokratische Erneuerung des Wirtschaftssystems glaubte⁴⁸. Ihr bedeutendster Exponent war Massimo Rocca. Schon in der Zeit des Marschs auf Rom wurden von diesen Faschisten die sogenannten Gruppi di Competenza gebildet, welche dem Faschismus einen modernistischen Appeal geben sollten. Spätestens 1923 war es damit jedoch vorbei. Mussolini hatte nämlich begriffen, daß er seinen persönlichen Machtanspruch nicht gegen, sondern nur mit den traditionellen Eliten durchsetzen konnte. Um diese von den Zeitgenossen als ‚fiancheggiatori‘ bezeichneten Gruppen dauerhaft an sich zu binden, durfte er nicht den Anschein erwecken, mit seiner Bewegung in irgendeiner Weise revolutionäre Ziele zu haben. In einem brutalen Akt der Säuberung wurden deshalb von ihm alle faschistischen Gruppierungen, die weiter von der ‚Revolution‘ träumten, entweder zur Aufgabe dieser Hoffnungen gezwungen oder in den Dissidentismus gedrängt. Später gab es dann zwar nochmals den Versuch einiger intellektueller Faschisten um den Ökonomen Ugo Spirito, auf dem Umweg über den Korporativismus zu einer Sozialisierung des Produktiveigentums zu kommen. Doch auch dieser Versuch scheiterte im Mai 1932 auf dem „Secondo Convegno di Studi Sindacali e Corporativi“ in Ferrara gründlich.

Auch der frühe Nationalsozialismus kannte die Vorstellung, über einen ‚dritten Weg‘ zwischen Kapitalismus und Sozialismus die Krise der Moderne zu bewältigen. Die Thesen Gottfried Feders gingen, so abstrus sie sein mochten, in diese Richtung und fanden bekanntlich sogar Eingang in das Parteiprogramm der NSDAP. Von ungleich größerer Bedeutung war, daß sich seit Mitte der 20er Jahre vor allem in Norddeutschland ein ‚linker‘ Nationalsozialismus um die Brüder Strasser entfaltete, der dezidiert Programme zur Enteignung der Großindustrie ventilierte. Auch dieser Versuch einer revolutionären Profilierung des Nationalsozialismus scheiterte jedoch bezeichnenderweise an dem Willen Hitlers, sich nach dem Vorbild Mussolinis mit den traditionellen Machteliten zu arrangieren. Die linken Nationalsozialisten wurden 1932 genau in dem Moment aus der Bewegung herausgedrängt, in dem Hitler sich der Großindustrie annäherte und dieser ausdrücklich eine Eigentumsgarantie gab.

⁴⁷ Vgl. Wolfgang Schieder, Die Zukunft der Avantgarde. Kunst und Politik im italienischen Futurismus 1909–1922, in: Ute Frevert (Hrsg.), Das Neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900 (Göttingen 2000) 229–243.

⁴⁸ Vgl. dazu neuerdings Giuseppe Parlato, La Sinistra fascista. Storia di un progetto mancato (Bologna 2000).

Weder Mussolini noch Hitler duldeten also, daß ihre Bewegungen als revolutionär mißverstanden werden konnten. Die Vergleichbarkeit von italienischem und deutschem Faschismus ergibt sich deshalb gerade daraus, daß sich die beiden ‚Führer‘ als Vermittler einer antimodernen Allianz anboten. Von ihren national-konservativen Sympathisanten unterschieden sich die italienischen und die deutschen Faschisten nicht dadurch, daß sie zukunftsträgigere moderne Programme hatten, sondern nur dadurch, daß sie in der Lage waren, zeitgemäße politische Formen der Massenmobilisierung zu entwickeln. Das scheinbar Moderne am Faschismus war nur sein politischer Stil: die Ausnutzung der Technik und der Medien, vom Auto und Flugzeug bis zum Rundfunk; die Choreographie der Massenversammlungen, vom Dialog zwischen ‚Führer‘ und ‚Masse‘ bis zum Aufmarsch der disziplinierten Horden der Miliz bzw. der SA; die Dynamik der Sprache, das hämmernde Stakkato der Parolen; die furchtbare Vereinfachung von Komplexität; die Suggestion gestellter, mit Fahnen, Girlanden und politischen Symbolen überladener Bilder; die Entdeckung der Fotografie und des Films zu politischen Zwecken; schließlich die Ausnutzung des sportlichen Wettkampfs zur politischen Identifikation mit dem Regime. Es war die besondere Kunst sowohl Mussolinis als auch Hitlers, sich aller dieser modernen Mittel zu antimodernen Zwecken zu bedienen. Der scheinbar moderne Habitus des Faschismus beider Gestalt führt deshalb nicht an dem Urteil vorbei, daß beide in ihren Ländern das ‚Projekt der Moderne‘ auf verhängnisvolle Weise gestört haben.

Nun wird allerdings immer wieder behauptet, daß der Faschismus ungeachtet seiner eigenen Intentionen gleichsam wider Willen doch ‚modern‘ gewesen sei. Dabei wird auf alle möglichen Entwicklungen verwiesen, welche sich in Italien und Deutschland in faschistischer bzw. nationalsozialistischer Zeit trotz allem vollzogen hätten. Ich kann dem schon deshalb nicht folgen, weil es nahezu unmöglich ist, festzustellen, was sich ohne, gegen oder mit dem Faschismus entwickelt hat. Selbst wenn es gewisse Teilmodernisierungen gegeben hat, muß doch immer gefragt werden, ob nicht ein ungleich größerer Modernisierungsschub möglich gewesen wäre, wenn man nicht den faschistischen Weg gegangen wäre.

Ein Blick auf die faschistisch-nationalsozialistische Frauenpolitik soll das abschließend noch etwas verdeutlichen⁴⁹. Sowohl der italienische als auch der deutsche Faschismus waren, darüber besteht in der Forschung Übereinstimmung, in ihrem Ursprung zutiefst antifeministisch eingestellt. Die Frauen sollten vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden und vor allem eine Rolle als Ehefrau und Gebälerin spielen. In diesem Sinne betrieb der Faschismus sowohl in Italien wie in Deutschland eine dezidiert natalistische Politik. Die gesetzlichen Maßnahmen

⁴⁹ Vgl. dazu *Ute Frevert*, Frauengeschichte zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit (Frankfurt 1986); *Claudia Koonz*, Mothers in the Fatherland (New York 1987); *Victoria de Grazia*, Le donne nel regime fascista (Venezia 1993); *Maria Fraddosio*, The Fallen Hero: The Myth of Mussolini and Fascist Women in the Italian Social Republic (1943–5), in: *Journal of Contemporary History* 31 (1996) 99–124; *Dianella Gagliani*, *Mariuccia Salvati* (Hrsg.), Donne e spazio nel processo di modernizzazione (Bologna 1995); *Perry Wilson*, The Clockwork Factory. Women and Work in Fascist Italy (Oxford 1993).

gegen die Abtreibung wurden in beiden Diktaturen verschärft, die öffentliche Sexualberatung wurde verboten, die Ehescheidung zwar nicht erschwert, aber auch nicht erleichtert. Gleichzeitig wurde eine Reihe von familienfreundlichen Angeboten gemacht, vom Ehestandsdarlehen über steuerliche Erleichterung für Kinderreiche bis hin zu Geburtenprämien. Der Nationalsozialismus ging darüber allerdings hinaus, indem er einer rassistisch begründeten Eugenik zum Durchbruch verhalf, durch die angeblich Artfremde diskriminiert, ausgesondert, sterilisiert oder gar ermordet wurden. Das spezifisch Faschistische an dieser Politik liegt darin, daß es die beiden Regime nicht bei der reinen Repression beließen, sondern den Frauen äußerlich ein neues kollektives Rollenverständnis zu geben versuchten. Dies wurde durch den Aufbau zahlreicher Frauenorganisationen erreicht, welche für beide Regime charakteristische Formen annahmen. Ich nenne nur die NS-Frauenschaft und die Fasci Femminili als die beiden jeweils größten faschistischen Frauenorganisationen. Aber die organisatorische Erfassung von Millionen von Frauen im Dienste des Regimes war keine Ermunterung zur Emanzipation, sie war ein „Ersatzangebot für die bewußt vorenthaltene Emanzipation“ (Ute Frevert), ein „Ventil“ (Victoria de Grazia), das die individuelle Emanzipation kollektiv vergessen machen sollte. Das war die klassische Methode, antimodernistisch mit modernen Mitteln zu sein. Dem widerspricht auch nicht, daß sowohl der Faschismus wie der Nationalsozialismus den Frauen selektiv tatsächlich gewisse Emanzipationsmöglichkeiten anboten. Ein Beispiel dafür war die *Accademia Femminile Fascista di Educazione Fisica*, welche der Faschismus 1932 in Orvieto begründete. Die dort studierenden jungen Frauen wurden gezielt mit modernen Erziehungsmethoden ausdrücklich nicht für die Familie, sondern für öffentliche Führungsaufgaben des Faschismus ausgebildet. Der sportliche Geist, der ihnen vermittelt wurde, war ausschließlich Mittel zum Zweck, die Masse der italienischen Frauen sollte von diesem weiter ferngehalten werden. Die Führungskader der NS-Frauenschaft wurden in ähnlicher Weise ausgebildet, wenngleich weniger elitär. Auch in ihrem Fall ging es darum, weibliche Funktionäre heranzubilden, nicht etwa Frauen individuell zu fördern. Man kann deshalb auch in diesem Fall nicht von einer Politik in emanzipatorischer Absicht sprechen, sondern allenfalls von einer Instrumentalisierung von Modernität.

Was für die Frauenpolitik gilt, könnte für die gesamte Familienpolitik von Faschisten und Nationalsozialisten nachgewiesen werden. Erst recht käme man bei der vergleichenden Bewertung anderer sozialpolitischer Maßnahmen des Faschismus in Deutschland und Italien zu ähnlichen Ergebnissen. In der Kulturpolitik ließ das faschistische Regime in Italien den Akteuren zweifellos größeren Spielraum als das NS-Regime in Deutschland. Aber auch wenn die italienische Kultur in der Zeit des Faschismus weniger den Anschluß an die Moderne verlor als die deutsche in der Zeit des Nationalsozialismus, so erstarrte sie doch nach der Durchsetzung von Mussolinis Diktatur ebenfalls mehr und mehr. Welchen Politikbereich man auch immer untersucht, das Ergebnis ist immer dasselbe: Weder haben die italienischen Faschisten und ihre totalitären Vettern in Deutschland generell eine Modernisierung der Gesellschaft angestrebt noch haben sie eine solche

bewirkt. Und wenn sie die Modernisierung in manchen Bereichen vorangetrieben haben, war dies nicht das Ergebnis zielgerichteten Handels. Man sollte deshalb aufhören, dem Faschismus weiterhin ein Modernisierungspotential zu unterstellen. Sinnvoll ist allein, die Entstehung faschistischer Regimes als das Ergebnis kumulierter Modernisierungskrisen zu verstehen.